



Man muss sich die Abfolge dieser Tage langsam auf der Zunge zergehen lassen, um ihre ganze Absurdität zu begreifen: Zuerst wird eine Europaabgeordnete – Rima Hassan – in Polizeigewahrsam genommen, obwohl ihre parlamentarische Immunität zumindest Fragen nach der Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens zwingend aufwirft. Und dann, kaum dass die Tür der Zelle ins Schloss fällt, beginnen die Mauern zu sprechen. Nicht offiziell. Von niemandem verantwortet. Sondern in Form jener wohlplatzierten, halb dementierten, halb bestätigten Indiskretionen, die in der politischen Kommunikation längst zur Schattenwährung geworden sind.

Ist das noch ein Rechtsstaat – oder schon ein Theaterstück mit juristischen Requisiten?

Die Immunität: Ein lästiges Detail?

Die parlamentarische Immunität ist kein höfisches Privileg, das man je nach politischer Wetterlage großzügig gewährt oder diskret ignoriert. Sie ist ein Schutzmechanismus gegen genau das, was hier zumindest im Raum steht: staatliche Eingriffe mit politischem Beigeschmack.

Wenn eine Abgeordnete festgesetzt wird, ohne dass transparent geklärt ist, ob und wie diese Immunität aufgehoben wurde, dann ist das kein technisches Detail. Es ist der Kern der Sache. Der Rechtsstaat lebt davon, dass seine Eingriffe nicht nur legal sind, sondern auch als solche erkennbar bleiben.

Doch in diesem Fall scheint die Reihenfolge umgekehrt: Erst handeln, dann erklären – wenn überhaupt.

Die Indiskretion als Methode

Und dann die zweite Ebene: die Leaks. Kaum ist die Maßnahme erfolgt, zirkulieren Details. Präzise genug, um zu wirken. Vage genug, um sich notfalls zurückziehen zu lassen. Ein Klassiker moderner Machtkommunikation.

Das Prinzip ist so alt wie zynisch: Man sagt nichts – und sorgt dafür, dass alles gesagt wird.

Offiziell gilt das Ermittlungsgeheimnis. Inoffiziell scheint es eher als Empfehlung denn als Verpflichtung verstanden zu werden. Wer spricht, bleibt im Dunkeln. Wer betroffen ist, steht



im Scheinwerferlicht.

Das ist keine Panne. Das ist ein Muster.

Der Minister als Feuerwehrmann im eigenen Haus

Wenn dann Gérald Darmanin die Aufklärung verspricht, wirkt das wie ein vertrautes Ritual: Die Exekutive untersucht die Exekutive, während die Öffentlichkeit zusieht und sich fragt, ob hier Aufklärung oder Schadensbegrenzung betrieben wird.

Natürlich kann man eine Inspektion einsetzen. Natürlich kann man Ermittlungen ankündigen. Doch die entscheidende Frage ist eine andere: Wer kontrolliert eigentlich die Kontrolleure?

Denn wenn politische Kommunikation und strafrechtliche Verfahren ineinander greifen, entsteht ein Raum, in dem Verantwortung verdampft und Zuständigkeiten verschwimmen.

Politische Justiz? Eine gefährliche Frage

Ist das also „politische Justiz“?

Die Antwort verlangt Nüchternheit – und gerade deshalb fällt sie schwer. Der Begriff ist groß, historisch belastet, schnell missbraucht. Er sollte nicht leichtfertig verwendet werden.

Aber ebenso wenig darf man so tun, als sei alles in bester Ordnung, solange kein Gericht das Gegenteil festgestellt hat.

Politische Justiz beginnt nicht erst dort, wo Urteile geschrieben werden. Sie beginnt dort, wo Verfahren in einem politischen Kontext stattfinden, der ihre Wahrnehmung prägt. Wo selektive Informationen zirkulieren. Wo staatliche Macht und politische Interessen nicht mehr klar voneinander zu trennen sind.

Der vorliegende Fall liefert dafür zumindest beunruhigendes Anschauungsmaterial.



Der eigentliche Schaden

Am Ende geht es nicht nur um die Frage, ob hier Regeln verletzt wurden. Es geht um Vertrauen.

Ein Rechtsstaat, der indiskret flüstert, statt Recht zu sprechen, verliert seine Autorität. Eine Justiz, deren Verfahren von Indiskretionen begleitet werden, verliert ihre Würde. Und eine Politik, die sich dieser Mechanismen bedient – oder sie nicht wirksam verhindert –, untergräbt ihre eigene Legitimation.

Vielleicht ist das die eigentliche Pointe dieser Affäre: Dass sie weniger durch das geprägt ist, was offen geschieht, als durch das, was im Halbschatten passiert.

Und dass genau dort entschieden wird, ob ein Staat noch rechtsstaatlich handelt – oder nur noch so tut.

Ein Kommentar von Andreas M. Brucker